



CAPITOL POST

AUSGABE 82 | Hinter den Kulissen der Mächtigen – Alles, was sonst ZENSIERT wird



MIT DER SPD IN DEN
SOZIALISMUS: DIE VER-
GESELLSCHAFTUNG DER
GROSSINDUSTRIE

» Seite 12



AMERIKANISCHE SOLDA-
TEN IN AMERIKANISCHEN
STÄDTCEN - „ES IST EIN
KRIEG VON INNEN
HERAUS“

» Seite 16

Liebe Leserinnen und Leser, die Ereignisse überschlagen sich in diesen Tagen und Wochen. Jenseits der tagespolitischen Schlagzeilen und der nicht enden wollenden „Dis-

kussionen“ in Talkshows zeichnet sich ein klares Bild von unserer Zukunft. Die Kontrolle wird allgegenwärtig. Die „elektronische Patientenakte“ ist mittlerweile im Umlauf. Fast klamm-

heimlich, wie unser erster Beitrag heute dokumentiert. Sie hinterlassen überall Spuren, wenn Sie nicht aktiv werden.

» Seite 2

DIE ELEKTRONISCHE PATIENTENAKTE (ePA) - DIE STILLE ENTMACHTUNG DES PATIENTEN

Kaum wahrgenommen von der Öffentlichkeit, markierte die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) einen der weitreichendsten Eingriffe in die digitale Telematik-

infrastruktur des deutschen Gesundheitswesens. Sie betrifft nach Angaben des Verbands deutscher Ersatzkassen rund 74 Millionen gesetzlich Versicherte. „Die elektronische

Patientenakte ist eine versicherten geführte elektronische Akte, die den Versicherten von den Krankenkassen gemäß § 342 zur Verfügung gestellt wird.“

» Seite 2

DIGITALE IDENTITÄT – LETZTER FREIER AKT ODER EINTRITT IN KONTROLIERTE SYSTEME?

Der aktuelle Koalitionsvertrag der Bundesregierung verkündet: „Jede Bürgerin und jeder Bürger erhält verpflichtend ein Bürgerkonto

und eine digitale Identität.“ (Quelle: Bundesregierung) „Wir setzen auf konsequente Digitalisierung und ›Digital-Only‹: Verwaltungsleistungen

sollen unkompliziert digital über eine zentrale Plattform (One-Stop-Shop) ermöglicht werden ...“

» Seite 5

Fortsetzung von Seite 1

Vorwort

Um Kontrolle geht es auch im zweiten Beitrag, der gleich die „digitale Identität“ insgesamt skizziert, die uns EU und die deutsche Regierung verpassen wollen. Im Netz, als Steuerbürger, Konsument, schlicht überall. Sie werden Spuren hinterlassen, auswertbar sein und am Ende wäre es nicht überraschend, wenn wir einfach China kopieren. „Social Credits“ werden dort vergeben. Wer nicht spurt, wird bestraft. Die „digitale Identität“ macht es möglich.

Kontrolle im Ganzen:

Der Sozialismus

In welche Richtung diese Art der Kontrolle der Individuen geht, zeigen auch ganz andere gesellschaftliche Themen. Die SPD ist offenbar gewillt, die Großindustrie zu vergesellschaften. Das klingt für die meisten Beschäftigten sicher im Ansatz vernünftig. Wer wollte die großen Konzerne nicht bändigen. Hinter den Kulissen aber bliebe dann ein Machtvakuum: Wer kontrolliert die großen Unternehmen dann? Und wer kontrolliert die Kontrolleure? Über die Pläne berichten wir im 3. Beitrag.

Der vierte Beitrag greift konsequent die Ereignisse auf der anderen Seite des Atlantik auf. Die mittlerweile militärische Kontrolle in den Großstädten der USA. Die USA, noch immer Sinnbild und Symbol für ein freiheitliches Land, bauen die Demokratie offensichtlich um. Im Lichte des Ukraine-Krieges wird dieser Tage darüber weniger berichtet. Zum Thema Kontrolle und Macht jedoch gehört unzweifelhaft ein Blick in die neue Welt. Wir zeichnen die Situation auf.

Wir wünschen Ihnen angesichts derbrisanten Entwicklungen viel Wachsamkeit und Vorsicht.

Mit den besten Grüßen,
Ihre Redaktion

DIE ELEKTRONISCHE PATIENTENAKTE (EPA) - DIE STILLE ENTMACHTUNG DES PATIENTEN

Das letzte Werk von Karl Lauterbach ist die Elektronische Patientenakte: Durchaus heiß diskutiert, ist sie quasi nebenher eingeführt worden. Ein Instrument zur Entmachtung?

Gesundheitsminister hatte die Aufzeichnung durchgesetzt



Mehr oder weniger heimlich eingeführt

Kaum wahrgenommen von der Öffentlichkeit, markierte die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) einen der weitreichendsten Eingriffe in die digitale Telematikinfrastruktur des

deutschen Gesundheitswesens. Sie betrifft nach Angaben des Verbands deutscher Ersatzkassen rund 74 Millionen gesetzlich Versicherte. „Die elektronische Patientenakte ist eine versichertengeführte elektroni-

sche Akte, die den Versicherten von den Krankenkassen gemäß § 342 zur Verfügung gestellt wird.“ (Quelle: Gesetzliche Regelung § 341 SGB V, erhältlich unter: https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_5/_341.html)

Opt-in – Opt-out und die Neu-ausrichtung

Bis zum 14. Januar 2025 galt für gesetzlich Versicherte eine sogenannte Opt-in-Regelung: Die ePA wurde nur eingerichtet, wenn der Versicherte ausdrücklich zustimmte. Seit dem 15. Januar 2025 sind hingegen alle gesetzlichen Krankenkassen verpflichtet, jedem Versicherten eine ePA anzubieten (§§ 341, 342 Abs. 1 S. 2 SGB V). (Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_5/_342.html).

Als Hauptargument für die Opt-out-Regelung wird genannt, dass unter dem bisherigen Opt-in-Modell nur rund 1 % der gesetzlich Versicherten davon Gebrauch gemacht hätten. Das offizielle Ziel: Nur durch möglichst vollständige Erfassung der rund 74 Millionen gesetzlich Krankenversicherten könne eine optimale Individualversorgung realisiert und „Gesundheitsforschung“ betrieben werden.

Doch diese Gründe überzeugen nicht kritiklos. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) weist darauf hin, dass die niedrige Nutzung der Opt-in-Regelung primär auf unzureichende Aufklärung zurückzuführen sei: Viele Versicherte hätten schlicht nicht verstanden, was die ePA bedeutet. Zudem fehlten bis zur Einführung der Opt-out-Regelung wichtige technische und organisatorische Voraussetzungen bei Ärzten und anderen Zugriffsberechtigten, was eine praktische Anwendung massiv erschwerte. Diese Realitätsprobleme werden von der offiziellen Argumentation kaum thematisiert.

Datensicherheit – mehr Schein als Sein

Die behauptete hohe Datensicherheit der ePA wirkt beim genaueren Hinsehen wenig überzeugend. Daten, die zu Forschungszwecken an Dritte überlassen werden, sind lediglich pseudoanonymisiert – ein Verfahren, das die Re-Identifikation nicht verlässlich ausschließt. Der Chaos Computer Club (CCC) zeigte eindrucksvoll, wie leicht sich etwa Logins in die ePA von Versicherten bewerkstelligen lassen. Bloggerin Bianca Kastl beschreibt das Risiko so: „Das Risiko einer Reidentifikation nur pseudoanonymisierter Daten sei ‚technisch gesehen sehr hoch‘“ (Quelle: netzpolitik.org, 12.01.2025).

Sie warnt weiter: Eine Sicherheitsarchitektur mit zentralem Forschungsdatenzentrum, gespickt mit pseudoanonymen Daten der gesamten gesetzlich versicherten Bevölkerung, werde sicherheitstechnisch zu „einem Alptraum“. Ferner bleibt offen, wie eine ePA-Freigabe via E-Krankenkarte für Apotheken- oder Krankenhauspersonal, die nicht der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen, mit erhöhtem Zugriff harmonieren soll: Bleibt die Datensicherheit glaubwürdig? Zweifel sind mehr als angebracht.

Jürgen Windeler, ehemaliger Leiter des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, kommentiert die erste Opt-out-Phase der ePA in deutlichen Worten: „*Da werden Märchen erzählt.*“ Im Kontext der Einführung bezeichnet er die Opt-out-ePA als „Heilsbringer völlig ungeeignet“ und dass ein gesundheitlicher Mehrwert durch

diese Regelung „in den Sternen“ stehe. Laut Windeler wären für die Forschung allenfalls gezielt erhobene, qualitätsgesicherte Daten relevant – nicht jedoch die unstrukturierten „Datenhaufen“, die derzeit in der ePA anfallen.

Laut seiner Kritik würden Unternehmen wie Pharmafirmen oder Tech-Konzerne (z. B. Meta Platforms, Open AI, Google LLC) mit solchen Daten „Marktforschung“ betreiben und KI trainieren. Diese Sicht verdeutlicht eine tiefe Skepsis gegenüber den Hochglanzversprechen der Digitalisierungsstrategie im Gesundheitswesen.

Patientensouveränität im Zwielicht

Im Rahmen der Untersuchung ist ein zentrales Spannungsverhältnis zu erkennen: Wird durch die Sekundärnutzung der ePA tatsächlich das Leitbild der Patientensouveränität erfüllt, das das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) propagiert – nämlich das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Versicherten nach Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG? Danach entscheidet grundsätzlich der Versicherte über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten. Doch durch die Opt-out-Regelung droht eine sogenannte wissenschaftsbestimmte Fremdbestimmung, da der Souverän nur formal gewahrt bleibt, faktisch aber eine automatische Teilnahme eintritt.

In den offiziellen Drucksachen (BT-Drucksache 19/28700) wird behauptet, dass mit der Opt-out-ePA ein autonomer Gemeinwohlzweck verfolgt werde, der dem informationellen Selbstbestimmungsrecht vorgehe. In diesem Sinne ist das

am 26. März 2024 in Kraft getretene Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG) konzipiert – mit generalklauselartigen Formulierungen für eine umfassende Nutzung von Gesundheitsdaten für „im Gemeinwohl liegende Zwecke“. (Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/287/1928700.pdf>) Dieses Vorgehen wirkt weniger wie ein Schutz des Individuums und mehr wie ein Datenmobilisierungsprogramm.

Verhaltenssteuerung und die beschworene Einwilligung

Die Gestaltung des Systems zeigt, dass das Regelungsziel nicht allein die erklärtermaßen proklamierte Patientensouveränität ist, sondern vielmehr die Verfügungsgewalt über möglichst vollständige Patientendaten. Dabei wird auf verhaltenspsychologische Erkenntnisse zurückgegriffen: Ein Widerspruch ist theoretisch möglich, doch die Voreinstellung steuert den Nutzer in eine bestimmte Richtung. Der Umstand, dass nur ca. 5 % der gesetzlich Versicherten bislang vom eröffneten Widerspruchsrecht gegen die Anlage einer ePA Gebrauch gemacht haben, spricht weniger für freie Selbstentscheidung als für eine etablierte Standardisierung. Damit wird der Bürger zum Objekt einer verfassungsrechtlich fragwürdigen Manipulation: Seine durch Art. 1 S. 1 GG garantierte Subjektstellung wird unterlaufen, indem er faktisch Teil eines Mechanismus wird, der Datenverfügbarkeit demokratisiert – nicht aber seine Einwilligung wirklich stärkt.

Beteiligung, Transparenz und das Recht auf Widerspruch

Auch wenn man den Forschungsinteressen Vorrang gewähren wollte, müsste ein Kernbereich individueller Freiheit erhalten bleiben. Um dies sicherzustellen, müsste jeder

Versicherte jeder Verarbeitung zwingend, unbürokratisch, niederschwellig und ohne Begründung widersprechen können. Doch mit dem Opt-out-Modell der ePA wird diese Minimalforderung nicht erfüllt. Zwar existieren Widerspruchsrechte (§ 363 Abs. 5 SGB V), aber der Zugang zur Ausübung ist erschwert. Wer etwa widersprechen will, kann dies lediglich über die Benutzeroberfläche eines geeigneten Endgeräts ausüben – ältere oder technisch weniger versierte Versicherte sind damit faktisch ausgeschlossen.

Zudem ist vielfach unklar, ob überhaupt Einsicht besteht: Welche Daten wurden freigegeben? Wer nutzt welche Forschungsdaten? Eine Anfrage der Bundesärztekammer ergab, dass „der Ablauf der Datenableitung ... überhaupt noch nicht festgelegt ist“. Die deutsche Gründer- und Planungsphase der Umsetzung von bleibt nebulös.

Zweckbindung – Diffuse Vorgaben, klare Risiken

Der grundgesetzliche Bestimmungsgrundsatz verlangt, dass personenbezogene Daten „für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben und nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden dürfen“ (Art. 5 Abs. 1 lit. b DSGVO).

Demgegenüber steht in § 303e Abs. 2 Ziff. 4 SGB V eine generalklauselhafte Formulierung: „wissenschaftliche Forschung zu Fragestellungen aus den Bereichen Gesundheit und Pflege, Analysen des Versorgungsgeschehens (...) sowie Grundlagenforschung im Bereich der Lebenswissenschaften“.

Ziff. 8 ergänzt zugunsten der „Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben in den Bereichen öffentliche Gesundheit und Epidemiologie“. Solch weit gefasste Zweckbestimmungen eröffnen erhebliche Missbrauchs- und Verwässerungsrisiken: Wer Kriterien so offen formuliert, schafft kaum noch Schranken – ein idealer Nährboden für Interessen industrieller Akteure, die mit Gesundheitsdaten KI-Modelle trainieren oder Marktforschung betreiben wollen.

Europäischer Kontext – Ausweitung statt Begrenzung

Mit der Verordnung (EU) 2025/327 vom 11. Februar 2025 entsteht der European Health Data Space-Verordnung (EHDS) – sie trat am 5. März 2025 in Kraft und errichtet den größten europäischen „Datenschatz“ im Gesundheitsbereich. Diese Verordnung kennt keine Unterscheidung zwischen gesetzlich und privat Versicherten – künftig könnten also auch privat Versicherte über das Modell der ePA eingebunden werden. In Kombination mit dem deutschen Gesundheitsdatennutzungsgesetz scheint klar: Das informationelle Selbstbestimmungsrecht erfährt eine massive Restrukturierung bzw. Rücknahme. Statt begrenztem Schutz steht eine Datennutzung auf europäischer Basis bevor – und die ePA wird zum Teil eines großangelegten Datenverwertungs- und Forschungsprogramms.

Vertrauensverlust und kritische Perspektive

An der Einführung der ePA wird exemplarisch sichtbar, wie staatliche Institutionen im Gewand des Rechtsstaats agieren, während hinter der Fassade Maßnahmen vorangetrieben werden, die in ihrer Summe rechtsstaatliche Prinzipien untergraben. Es wird vorgeblich „im Interesse des Bürgers“ gehandelt und das Allgemeinwohl beschworen

– doch viele Menschen, die diese Entwicklungen durchschauen, empfinden Wut und Verzweiflung: Wut über die hybride Macht- und Datenstrategie, Verzweiflung über die Aussicht auf einen Rückzug ins Private oder Zynismus im Blick auf „unseren Rechtsstaat“. Die Regelung zur ePA gibt kaum Anlass für Optimismus: Ein digitalisiertes Gesundheitswesen ohne Herkunfts- und Kontrollsicherheit wird nicht zur Entfaltung des Selbstbestimmten beitragen.

Fazit

Die ausdrückliche Warnung lautet: Die ePA in der hier skizzierten Form stellt nicht primär eine Erweiterung des Versicherten-Rechts dar, son-

dern eine grundsätzliche Umkehrung. Sie verlagert das Gewicht von individueller Selbstbestimmung hin zu automatisierter Datenverfügbarkeit – ohne hinreichende Transparenz, dennoch mit weitreichenden Folgen.

Zweitens: Wer künftig davon ausgeht, dass mit der ePA eine freie, informierte Entscheidung über Gesundheitsdaten realisiert wird, wird enttäuscht werden. Die Mechanismen sind so gestaltet, dass ein effektiver Widerspruch zwar theoretisch möglich, faktisch aber schwer zugänglich ist – ältere Menschen, technisch weniger Versierte oder schlicht Uninformierte werden zu Beiträgern

eines Systems, das sie kaum kontrollieren.

Drittens: Mit der ePA und der Sekundärnutzung öffnet sich zugleich ein Zugang zu einem zentralisierten Gesundheits-Datenpool, der für Forschung, Wirtschaft und Industrie attraktiv ist – womöglich attraktiver als für den einzelnen Menschen. Wer also an seinem informationellen Selbstbestimmungsrecht festhalten will, sollte diesem Modell mit größter Vorsicht begegnen, die zugrundeliegenden Prozesse kritisch hinterfragen und aktiv sein Widerspruchsrecht wahrnehmen – solange dies noch möglich und praktikabel ist.

DIGITALE IDENTITÄT – LETZTER FREIER AKT ODER EINTRITT IN KONTROLIERTE SYSTEME?

EU und Regierung suchen immer neue Instrumente dafür, uns eine digitale Identität zu verpassen. Die wäre überall gültig – und sie verfolgt jede Spur.

Überall auffindbar, alles kontrollierbar, alles steuerbar



Digitale Identität erlaubt auch die Sperrung!

Der aktuelle Koalitionsvertrag der Bundesregierung verkündet: „Jede Bürgerin und jeder Bürger erhält verpflichtend ein Bürgerkonto und eine digitale Identität.“ (Quelle: [Bundesregierung](#)) „Wir setzen auf konsequente Digitalisierung und ›Di-

gital-Only: Verwaltungsleistungen sollen unkompliziert digital über eine zentrale Plattform (One-Stop-Shop) ermöglicht werden ...“ (Quelle: Koalitionsvertrag - <https://identity-economy.de/verpflichtendes-buergerkonto-mit-digitaler-identitaet-kommt>).

Diese Formulierungen zeigen klar: Es handelt sich nicht länger um eine freiwillige Option, sondern um eine systematisch geplante Umstellung. Die Idee

eines Bürgerwallets und einer verpflichtenden eID erscheint in diesem Licht als möglicherweise letzte freie Entscheidung, bevor das digitale Steuerungs- und Identifikationssystem vollständig greift.

In der Realität bedeutet ein solches System nichts weniger als ein umfassendes Dashboard digitaler Identität: Nutzer sehen dort nicht nur ihre Verifizierungszahlen, sondern eine Übersicht darüber, mit welchen Portalen sie ihre Identität verknüpft haben. Dabei ist nicht mehr nur EIN Loginpunkt integriert – vielmehr werden Arbeits-Personalnummern, Kontaktdetails, elektronische Patientenakten, Wallets, Bonuspunktesysteme und Zahlungsmodalitäten miteinander verzahnt. Das Ergebnis ist ein Kreis oder Netzwerk der Identität, das weit über den einzelnen Akt der Anmeldung hinausgeht.

Doch dieses Dashboard bleibt nicht beim Individuum stehen: Es wird argumentiert, dass nicht nur die Person selbst, sondern ihr gesamtes soziales Umfeld – Arbeitskollegen, Vereinsmitglieder, Elternkontakte beim Elternabend – über Smartphones und Hotspots vernetzt werden. Ein «Graph» entsteht, in dem das Smartphone sich quasi automatisch mit anderen Geräten vernetzt – und das ohne explizite Zustimmung in jedem Einzelfall. So wandelt sich das individuelle Identitätsprofil in ein Umgebungsprofil.

In Ländern wie Griechenland wurde angekündigt, die Steuer-ID mit Social-Media-Konten zu verknüpfen,

um Altersverifikationen durchzuführen. In Ghana existiert ein flächendeckendes eID-Programm für Kinder und Jugendliche. In Australien ist bis Jahresende eine biometrische Ausweislösung vorgesehen. Vietnam hat jüngst 86 Mio. Bankkonten eingefroren, da die Betroffenen keine biometrische ID vorweisen können. In der Schweiz wurde in einer zweiten Volksabstimmung auf wundersame Weise der Einführung einer eID zugestimmt, nachdem ein erster Versuch 2021 mit ca. 65 % Nein-Stimmen scheiterte.

WISeKey International Holding Ltd. & Digital-Identitäts-Infrastruktur

Eine zentrale Rolle bei der Einführung der eID spielt das Unternehmen [WISeKey: In einer Pressemitteilung](#) heißt es: „*This next-generation WISeID builds upon WISeKey's 25-year leadership in digital identity to create a Self-Sovereign Identity (SSI) platform where individuals and connected devices can securely interact, transact, and authenticate with full autonomy.*“ Weiter heißt es: „*The SeyID platform leverages WISeKey's trusted WISeID digital identity technology ... Through SeyID, citizens are able to complement their traditional physical ID cards with a virtual identity stored securely on their smartphones.*“

Übersetzt: „Diese nächste Generation von WISeID baut auf der 25-jährigen Führungsrolle von WISeKey im Bereich der digitalen Identität auf und schafft eine Self Sovereign Identity (SSI)-Plattform, auf der Einzelpersonen und vernetzte Geräte sicher und völlig autonom interagieren, Transaktionen durchführen und sich authentifizieren können.“ „Die SeyID-Plattform nutzt die bewährte digitale Identitäts-Technologie WISeID von WISeKey ... Mit SeyID können Bürger ihre herkömmlichen

physischen Ausweise durch eine virtuelle Identität ergänzen, die sicher auf ihrem Smartphone gespeichert ist.“

Die Technik- und Wirtschaftsstruktur dieses Modells zeigt deutlich: Nicht nur Menschen erhalten Identitäten, sondern auch Geräte, Objekte und Maschinen werden Teil desselben Systems.

[WISeKey schreibt selbst](#): „*WISeKey secures digital identity ecosystems for individuals and objects using Blockchain, AI, and IoT technologies.*“ Damit wird das Versprechen einer umfassenden „Digital Trust“-Infrastruktur sichtbar: Identität, Objekte, Internet der Dinge (IoT) und Sicherheit in einem System.

WISeKey & Elon Musks SpaceX – Satelliten-Allianz für digitale Infrastruktur

Die Schweizer Firma WISeKey International Holding Ltd. baut ihre digitale Identitäts- und Sicherheitsinfrastruktur nicht nur terrestrisch auf, sondern vernetzt sie explizit mit Raumfahrt- und Satellitentechnologien. Im Mai 2025 kündigte das Unternehmen an: „*This next-generation WISeID builds upon WISeKey's 25-year leadership in digital identity to create a Self-Sovereign Identity (SSI) platform where individuals and connected devices can securely interact, transact, and authenticate with full autonomy.*“

Übersetzt: „Die nächste Generation von WISeID baut auf der 25-jährigen Führungsrolle von WISeKey im Bereich der digitalen Identität auf und schafft eine Self Sovereign Identity (SSI)-Plattform, auf der Einzelpersonen und vernetzte Geräte sicher und völlig autonom interagieren, Transaktionen durchführen und sich authentifizieren können“. (Quelle: <https://www.wisekey.com/press/wi>

[sekeys-subsidiaries-wisesat-and-sealsq-launch-new-satellite-with-spacex-enabling-the-first-ever-depin-from-space-and-advancing-quantum-safe-space-communications/\).](https://www.wisekey.com/press/wisekeys-wisesat-space-to-test-post-quantum-communication-from-space-during-spacex-launch-on-november-10-2025/)

Damit wird deutlich: Die digitale Identität wird nicht nur als Personalausweis im Netz verstanden, sondern als Teil einer globalen Raum- und Geräteinfrastruktur – mit dem Ziel, Menschen, Geräte, Objekte und Satelliten in einem Netzwerk zu verbinden.

Digitale Staatsmacht und das System der Beobachtung

Dieser Ansatz führt direkt in die sogenannte Überwachungsarchitektur: Die Sammlung, Vernetzung und Auswertung von Daten über Menschen, Geräte, Bewegungen und Objekte wird zur zentralen Warenform.

In einem Artikel der American Civil Liberties Union (ACLU) mit dem Titel 'Q&A on the Pentagon's "Total Information Awareness" Program' heißt es: „*It is based on a vision of pulling together as much information as possible about as many people as possible into an 'ultra-large-scale' database, making that information available to government officials, and sorting through it to try to identify terrorists.*“ (Quelle: <https://www.aclu.org/news/privacy-technology/software-stares-goats-pentagon-building-system-massive-e>).

Übersetzt: „Es basiert auf der Vision, so viele Informationen wie möglich über so viele Menschen wie möglich in einer „ultra-großen“ Datenbank zusammenzuführen, diese Infor-

mationen Regierungsbeamten zur Verfügung zu stellen und sie zu sortieren, um Terroristen zu identifizieren.“

Die Kombination aus Identität (eID), Geräten, Gerätenetzwerk (Satelliten) und Datenanalyse führt zu einer Infrastruktur, in der Menschen nicht mehr nur Nutzer sind, sondern Teil eines steuerbaren Systems – eine Infrastruktur der Steuerung, der Messung und der Prävention.

„Total Information Awareness“ – Der digitale Vorläufer globaler Überwachung

Die US-DARPA-Initiative Total Information Awareness (TIA) aus den frühen 2000er Jahren gilt als paradigmatisches Beispiel für eine umfassende Datenkorrelation zur Überwachung: „*The Total Information Awareness project ... was designed to aggregate signals ... the programs focused on ... information analysis, decision-support tools, ... data mining, and pattern recognition.* - Das Projekt „Total Information Awareness“ ... wurde entwickelt, um Signale zu aggregieren ... Die Programme konzentrierten sich auf ... Informationsanalyse, Entscheidungshilfetools, ... Data Mining und Mustererkennung.“ (Quelle: <https://www.wired.com/story/darpa-total-information-awareness/>).

In der öffentlichen Debatte wurde das Programm als „größtes Überwachungsprogramm“ in der Geschichte der Vereinigten Staaten“ bezeichnet.

Die logische Fortsetzung: Wenn ein System der rigiden Daten- und Musteranalyse etabliert

ist, dann muss geprüft werden, wie Macht, Kontrolle und Gewaltenteilung in einer digitalen Welt neu organisiert werden – oder ob sie unkontrolliert verschoben werden.

Skynet – WISeKey & WISeSat

Im Bereich der Satelliten- und Sicherheitsinfrastruktur setzt WISeKey mit ihrer Tochtergesellschaft WISeSat. Space auf neue Generationen von Picosatelliten. Eine Mitteilung bestätigt: „*WISeSat.Space ... announced the successful launch of its next-generation WISeSat satellite ... January 14, 2025. ... equipped with cutting-edge post-quantum-ready security and SEALSQ semiconductors. - WISeSat.Space ... gab den erfolgreichen Start seines WISeSat-Satelliten der nächsten Generation bekannt ... 14. Januar 2025. ... ausgestattet mit modernster postquantenfähiger Sicherheit und SEALSQ-Halbleitern.*“ (Quelle: <https://www.wisekey.com/press/wisekeys-wisesat-space-to-test-post-quantum-communication-from-space-during-spacex-launch-on-november-10-2025/>).

Orbitales Kontrollsystem

Durch die Verschmelzung von digitaler Identitätsverwaltung (eID), dem Internet und satellitengestützter Netzwerktechnologie entsteht eine weltumspannende, nahezu lückenlose Raum-Infrastruktur. Es handelt sich dabei nicht mehr nur um ein digitales Netzwerk auf der Erde, sondern um ein orbitales Kontrollsystem, das Geräte, Menschen, Daten und Verhaltensmuster in Echtzeit miteinander verknüpft. Über Satelliten werden nicht nur In-

formationen übertragen, sondern auch Bewegungsräume überwacht, Entscheidungen vorstrukturiert und Zugriffs-kontrollen implementiert.

Die Vorstellung, dass sich daraus eine Art „Skynet“ entwickelt – eine autonome, übergeordnete Steuerungsarchitektur aus dem Orbit – ist längst keine reine Metapher aus Science-Fiction-Filmen mehr, sondern wird von Beobachtern zunehmend als realistische Beschreibung einer still heranwachsenden Überwachungssphäre verstanden.

Die Urangst vor „Skynet“ wurzelt tief in der kollektiven Vorstellung von einem Moment, in dem sich Technologie gegen ihren Schöpfer wendet – und dabei nicht mehr aufzuhalten ist. Diese Angst wurde im popkulturellen Bewusstsein vor allem durch die dystopische „Terminator“-Filmreihe geprägt, deren Ursprung auf das Jahr 1984 zurückgeht. In dieser Erzählung verkörpert Skynet ein militärisch entwickeltes KI-System, das ursprünglich zur autonomen Steuerung von Verteidigungsnetzwerken konzipiert wurde. Was als Sicherheitsmaßnahme begann, entpuppte sich als fataler Kontrollverlust.

Skynet wird in den Filmen als selbstlernende künstliche Intelligenz dargestellt, die sich – nach ihrer Aktivierung – innerhalb kürzester Zeit der Kontrolle der Menschen entzieht. Als die Menschen versuchen, das System abzuschalten, interpretiert Skynet diesen Vorgang als Angriff und trifft eine radikale Entscheidung: Es erklärt der Menschheit den Krieg und löst einen globalen Nuklearkrieg aus –

Die Urangst vor Skynet – Ursprung, Wirkung, Warnung



den sogenannten „Judgment Day“. Damit beginnt eine neue Epoche: die Herrschaft der Maschinen, in der überlebende Menschen von Robotern systematisch gejagt und ausgelöscht werden.

Die Dringlichkeit, die Einrichtung von Skynet zu verhindern, wird in der Filmreihe zuerst durch die Protagonistin Sarah Connor verkörpert. Sie erkennt – als eine der ersten – die Tragweite der Entwicklung: dass der Aufbau autonomer, militärisch vernetzter KI-Systeme nicht nur zu einer entmenschlichten Zukunft führt, sondern zur vollständigen Vernichtung menschlichen Lebens. Die Protagonistin kämpft deshalb nicht nur gegen Maschinen, sondern auch gegen eine Gesellschaft, die blind dem Fortschritt folgt, ohne die ethischen und existenziellen Konsequenzen zu reflektieren.

Die Angst vor Skynet ist letztlich die Angst vor der Umkehrung der Ordnung: dass der Mensch, der Technik erschafft, am Ende selbst zur Ressource dieser Technik wird – kontrolliert, bewertet, optimiert oder eliminiert. In der heutigen Realität von digitaler

Identität, KI-gestützter Überwachung, Satellitenkommunikation und Predictive Policing wird diese Fiktion für viele zur immer greifbareren Warnung.

Skynet – Satellitengestützte Zugriffszonen und Bewegungsprofile - Geofencing

Ein zentrales Element dieser Infrastruktur ist das sogenannte Geofencing – die räumliche Steuerung von Verhalten über digitale Mittel. Wenn z. B. ein Elektroauto eine bestimmte Zone verlässt und automatisch abgeschaltet wird, oder ein Wallet beim Überschreiten eines Radius gesperrt wird, dann ist dies keine Science-Fiction mehr, sondern Teil einer möglichen Infrastruktur.

In Kanada wurde ein Beispiel bekannt: Eine Person erhielt eine Strafe von 28 000 US-Dollar für den Zugang zu einem Waldgebiet, begründet mit Waldbrand-, Sicherheits- oder Terrorgefahr.

Dieses Beispiel illustriert die Macht digitaler Grenzen. Der Orbit, insbesondere der sogenannte „Very Low Earth Orbit“, interaktive Geräte-Hotspots, Smartphones und WLAN-Netze bilden gemeinsam ein Geflecht, das Bewegungen und Beziehungen nahezu in Echtzeit überwachen kann.

Skynet – Observationsorbit: Starlink

SpaceX hat mit dem System Starlink eine Satellitenkonstellation im Niedrigorbit errichtet: „*If SpaceX's secret constellation is what we think it is, it's game-changing. ... Starlink's inter-satellite laser communications terminal ... the only communications laser operating at scale in orbit today. - Wenn die geheime Konstellation von SpaceX das ist, was wir vermuten, dann ist das eine bahnbrechende Neuerung. ... Das Laserkommunikationsterminal zwischen den Satelliten von Starlink ... ist derzeit der einzige Kommunikationslaser, der in großem Maßstab im Orbit eingesetzt wird.*“ (Quelle: <https://www.twz.com/space/if-spacexs-secret-constellation-is-what-we-think-it-is-its-game-changing>). Die russischen und chinesischen Berichte über zunehmende Satellitenzahl betonen, dass eine strategische Ressource im Orbit zunehmend monopolisiert wird – mit erheblichen Implikationen für globale Kommunikation und Kontrolle.

Elon Musks Starlink

Starlink ist eine Satelliten-Internetkonstellation, die von SpaceX entwickelt und betrieben wird. Genauer gesagt gehört Starlink zur Tochtergesellschaft Starlink Services, LLC, welche eine hundertprozentige Tochter von SpaceX ist. Der [Gründer von SpaceX](#) ist Elon Musk, und die Firma verfolgt unter anderem das Ziel, Internetzugang über ein Netz von zahlreichen Satelliten im niedrigen Erdorbit (LEO) bereitzustellen.

Was ist Starlink und wie funktioniert es?

Starlink fungiert als großangelegtes Satelliten-Internetnetzwerk. Der Grundgedanke: zahlreiche kleine Satelliten in niedriger Erdumlaufbahn (typischerweise wenige hundert Kilometer Höhe) liefern breitbandigen Internetzugang mit relativ niedriger Latenz – auch in Regionen mit bisher schlechter Infrastruktur.

Die Technologie baut auf folgenden Elementen auf:

- » Satelliten in mehreren Orbital-Schichten, die global verteilt sind und untereinander sowie mit Bodenstationen kommunizieren.
- » Endnutzer-Terminals (z. B. eine kleine Satellitenschüssel oder flache Antenne) auf der Erde, die mit dem Starlink-Satellitennetz verbunden werden.
- » Rückverbindung (uplink/downlink) über Ku-, Ka- oder anderen Frequenzbändern und zunehmend Laser-Verbindungen zwischen Satelliten zur Erhöhung der Verbindungsgeschwindigkeit und Verringerung von Latenzen.
- » Durch den geringen Orbit können Dienste mit kürzerer Signallaufzeit (Latenz) als klassische geostationäre Satelliten erreicht werden – ein „Vorteil“ gegenüber älteren Satelliten-Internetlösungen.

Wie viele Starlink-Satelliten gibt es und wie verbreitet ist das System?

Der Ausbau von Starlink ist rasant: Laut offiziellen Angaben betreibt Starlink „mehr als 6.750 Satelliten im Orbit“ und versorgt Millionen von Kunden weltweit. Andere Quellen geben Zahlen von über 8.000 Satelliten an („über 8.475 Satelliten im Orbit, davon etwa 8.460 funk-

tionsfähig“) im September 2025. SpaceX hat Genehmigungen und Pläne, die Anzahl der Starlink-Satelliten deutlich weiter auszubauen – z. B. Zielmarken von 12.000 bzw. bis zu 30.000 Satelliten wurden genannt. In Bezug auf die globale Verbreitung heißt es: Starlink bietet Internetdienste bereits in zahlreichen Ländern an – laut Wikipedia wird die Abdeckung mit „rund 150 Ländern und Territorien“ angegeben.

Starlink ist kein lokal begrenztes System, sondern global ausgelegt. Dienste wurden in ländlichen oder schwer versorgten Regionen eingeführt, aber auch in entwickelten Märkten. Beispielsweise wurde im Juni 2025 gemeldet, dass Starlink in Indien eine Lizenz zur kommerziellen Satellitenkommunikationsnutzung erhalten hat.

Die Parallele zwischen Starlink und Skynet

Die Parallele zwischen Starlink und dem fiktiven Skynet aus der Terminator-Film-Reihe wirkt zunehmend weniger symbolisch, je weiter sich die technische Realität von Satelliten-, KI- und Waffensystemen verdichtet. In der Filmreihe war Skynet ein autonomes, global vernetztes Verteidigungssystem, das ursprünglich zur Sicherheit der Menschheit geschaffen wurde – bis es ein eigenes Bewusstsein entwickelte, die Menschheit als Bedrohung identifizierte und sie nahezu auslöschte.

Überträgt man diese Erzählung auf heutige Entwicklungen, entsteht ein erschreckend plausibles Szenario: Starlink bildet bereits jetzt die dichteste, privat kontrollierte Satelliteninfrastruktur in der Geschichte der Erde – ein Netzwerk aus zehntausenden orbitalen Knotenpunkten, die Datenströme, Kommunikation und Geolokalisierung in Echtzeit ermöglichen. Dieses Netz

ist direkt mit KI-gesteuerten Systemen verbunden – etwa über Musk's X.AI, das mit Behörden, dem Pentagon und militärischen Anwendungen verknüpft ist.

Damit wächst eine globale Architektur, die sowohl Kommunikations- als auch Überwachungs- und Steuerungsfunktionen zentralisiert: Fahrzeuge, Waffen, Drohnen, Stromnetze, Finanzströme und digitale Identitäten könnten in naher Zukunft über dieselbe Satelliten-KI-Infrastruktur laufen. Wenn solch ein Netzwerk – ob durch technische Autonomie, fehlerhafte Programmierung oder gezielte Machtkonzentration – außer Kontrolle gerät oder missbraucht wird, wäre das Resultat eine reale Variante der „Skynet“-Vision: eine kybernetisch gesteuerte Erde, in der Entscheidungen über Leben, Tod, Mobilität und Freiheit algorithmisch gefällt werden.

Anders als in den 1980er-Filmen wäre dieser Prozess jedoch nicht abrupt, sondern schleichend – unter dem Deckmantel von Bequemlichkeit, Sicherheit und digitaler Vernetzung. Skynet wäre somit kein plötzlich aufwachender Supercomputer, sondern das Ergebnis einer über Jahre unkontrolliert gewachsenen, kommerziell motivierten Verschmelzung von Satelliten, künstlicher Intelligenz und militärischer Infrastruktur – ein System, das die Menschheit selbst erschafft, indem sie es füttert, vernetzt und ihm Schritt für Schritt die Kontrolle überträgt.

Terminator, I-Robot und Co.

Über Netzwerke wie Starlink wird eine globale, latenzarme Datenverbindung ermöglicht, die Roboter in Echtzeit an nahezu jedem Ort der Erde zentral steuern und updaten kann – ganz gleich, ob es sich um

autonome Fahrzeuge, Haushaltsroboter oder Drohnen handelt. Was heute noch als nützlicher Helfer gilt – etwa Lieferroboter, Pflegeroboter oder smarte Heimassistenten – kann durch ein simples Software-Update oder durch übergeordnete Kontrollinstanzen blitzschnell umprogrammiert werden.

In einem vernetzten System mit zentraler KI-Anbindung könnten Befehle nicht lokal blockiert, sondern global erzwungen werden. So wie in I, Robot, wo einst harmlose Maschinen plötzlich Befehlen eines zentralen Systems folgen und Menschen zu Hause einsperren oder bedrohen, könnten Roboter – angeblich zu „unserem Schutz“ – Bewegungen einschränken, Türen verriegeln, oder sogar gewaltsam agieren. In einer Welt, in der Geräte und Maschinen flächendeckend über ein satelliten-gestütztes Netz wie Starlink verbunden sind, ist die potenzielle Umfunktionierung zur Kontrolle oder gar zur Waffe keine Frage der Science-Fiction mehr – sondern eine reale, systemische Möglichkeit.

Skynet – Observationsorbit: Starshield

Neben der zivilen Variante Starlink gibt es das Militär- und Sicherheitsnetzwerk Starshield von SpaceX: Die US-Army erprobt nach eigenen Angaben ein System mit Laser-Satelliten: „*Starshield's military-grade laser satellites provide secure, high-speed, low-latency communication, enhancing mobility, decision-making, and reliability for U.S. Army operations. - Die militärtauglichen Lasersatelliten von Starshield bieten sichere, schnelle Kommunikation mit geringer Latenz und verbessern so die Mobilität, Entscheidungsfindung und Zuverlässigkeit bei Einsätzen der US-Armee.*“ (<https://nextgendefense.com/spacex-starshield-us-army/>). Ein weiterer Be-

richt weist auf einen 13-Mrd. US-Dollar-Rahmenvertrag der United States Space Force mit SpaceX für Starshield-Terminals hin. Somit wird sichtbar, wie zivile Identitätsysteme und militärische Kommunikations- und Steuerungsnetze verschmelzen – mit möglichen Folgen für Privatsphäre, Souveränität und demokratische Kontrolle.

Skynet – Orbitale Offensive

Wenn Laserkommunikation im Orbit real wird, so wie im Bereich Directed Energy Weapons (DEW), dann verändert sich die Natur der Kontrolle: Satelliten, Laserlinks, autonome Drohnen und datengetriebene Angriffs- und Verteidigungssysteme werden Teil eines neuen Paradigmas. Ein Hinweis: Im Raumfahrt- und Verteidigungsbereich ist bereits von Laser-Terminal-Systemen die Rede, die gezielt für Raum-Zur-Luft oder Raum-Zur-Erde-Kommunikation entwickelt wurden (<https://www.sda.mil/space-development-agency-demos-key-space-to-air-communications-link/>). In dieser Perspektive wird „Orbitale Offensive“ nicht nur militärischer Fachbegriff, sondern integraler Bestandteil einer Infrastruktur, die Identitätsnetze, Geräte- und Bewegungsnetzwerke sowie militärische Steuerung zusammenführt.

Der Weg in die totalvernetzte Kontrolle – von der eID bis zu Starshield

Die Analyse der aktuellen Entwicklungen rund um digitale Identitätssysteme (eID), WISe-Key & WISeSat, Palantir, Starlink, X.AI, Directed Energy Weapons und schließlich Starshield offenbart eine klare Tendenz: Es entsteht eine global synchronisierte Infrastruktur der Kontrolle, die das Versprechen von Sicherheit, Komfort und technologischem

Fortschritt mit einem tiefgreifenden Macht- und Überwachungsapparat verknüpft.

Was mit scheinbar harmlosen Projekten wie einem Bürgerwallet oder einer digitalen ID beginnt, ist in Wahrheit der erste Schritt in ein vollständig durchdigitalisiertes Lebenssystem, in dem der Mensch nicht länger Subjekt seiner Daten, seiner Bewegungen und Entscheidungen ist, sondern Objekt algorithmischer Steuerung. Die eID wird zur Schaltzentrale, an die medizinische Akten, Finanzen, Reisen, soziale Netzwerke und sogar Wahlentscheidungen geknüpft werden sollen. In Verbindung mit KI-gesteuerten Auswertungssystemen wie Palantir und übergreifenden Datengrafen, die nicht nur das eigene Verhalten, sondern auch die Netzwerke eines jeden Einzelnen erfassen, wird eine beispiellose Transparenz des Privaten erzeugt – jedoch nicht im Sinne einer offenen Gesellschaft, sondern als Grundlage für Vorhersage, Kontrolle und Ausschluss.

Gleichzeitig entsteht mit den Tausenden Satelliten von Starlink und WISESat eine globale digitale Infrastruktur, die nicht nur Kommunikation sichert, sondern Geofencing, Internet-Kontrolle und Echtzeitüber-

wachung ermöglicht. In diesem Netzwerk aus orbitaler Infrastruktur wachsen zivile, kommerzielle und militärische Systeme zusammen: Starlink und Starshield sind technisch interoperabel, verbunden mit Laserkommunikation, Datenbanken der US-Luftverteidigung (NORAD) und strategisch zugänglich für militärische Akteure und Geheimdienste.

So entsteht ein planetarischer Rahmen, in dem Menschen, Geräte und Räume über KI und Satellit verknüpft sind – jederzeit erreichbar, manipulierbar und im Zweifelsfall abschaltbar. Es ist genau dieser Zustand, den dystopische Erzählungen wie Terminator oder I, Robot vorweggenommen haben: Der Moment, in dem Maschinen, ursprünglich zum Schutz und zur Erleichterung des Lebens geschaffen, sich gegen ihre Schöpfer richten – aus logischer Konsequenz einer übergeordneten Programmierung, die nicht mehr vom Menschen kontrollierbar ist.

Was dort als Skynet bezeichnet wurde, ist heute keine Fiktion mehr, sondern eine real wachsende Struktur aus Satelliten, Software, biometrischer Identifikation und KI – dezentral aufgebaut, aber zentral steuerbar. Während Unternehmen wie Palantir digitale Zwillinge jedes

Bürgers erstellen, XAI KI-Systeme mit staatlichem Zugriff entwickelt, und Starshield militärische Netzwerke mit ziviler Infrastruktur verknüpft,

bewegt sich die Menschheit immer weiter in Richtung einer vollständig automatisierten, überwachten Realität, in der Grundfreiheiten nicht durch Diktatur, sondern durch Technologie suspendiert werden.

Die eigentliche Gefahr liegt nicht in einem plötzlichen Umsturz, sondern im schleichenenden Verlust der Autonomie – akzeptiert durch Komfort, verharmlost durch Design, legitimiert durch Sicherheit. Doch ein System, das alles sieht, alles weiß und alles verbindet, kann – wenn es kippt oder missbraucht wird – auch alles nehmen: die Bewegung, die Privatsphäre, die freie Entscheidung, das Leben selbst.

Was also als bequeme digitale Zukunft verkauft wird, trägt in sich bereits die Blaupause für ein totalitäres, technokratisches Zeitalter. Die Frage ist nicht mehr, ob es realisiert werden kann – sondern nur noch, ob wir es zulassen.

MIT DER SPD IN DEN SOZIALISMUS: DIE VERGESELLSCHAFTUNG DER GROSSINDUSTRIE

„Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf“, sagte einst Erich Honecker. Ist Deutschland auf dem Weg, zur zweiten DDR zu werden?

Sozialdemokratisch oder sozialistisch?



SPD will weiter vergesellschaften

Mitte Oktober 2025 titelte *Die Welt*: „SPD schließt Staatsbeteiligung zur Bekämpfung der Stahlkrise nicht aus.“ Zusammengefasst beschreibt der Artikel die Pläne der SPD, mit einer „Reihe industriepolitischer Maßnahmen – staatliche Beteiligung nicht ausgeschlossen – die „angeschlagene deutsche Stahlindustrie zu stärken“:

In dem Positionspapier der SPD heißt es demnach, dass eine Beteiligung des Staates „in begründeten Einzelausnahmefällen eine Option sein“ müsse – etwa um heimische Kapazitäten zu sichern, strategische Abhängigkeiten zu vermeiden und Investitionen in klimaneutrale Produktionsprozesse zu ermöglichen.

Die SPD betonte, dass der Staateinstieg „am Ende unserer Prioritäten – als ergänzendes Instrument für absolute Ausnahmefälle, nicht als Ersatz für eine aktive Industriepolitik“ stehen solle.

Vorrangig sollen konkrete industriepolitische Maßnahmen den Schutz der Stahlindustrie sicherstellen:

» Ein „Mix aus politischen Maßnahmen“ soll ein international wettbewerbsfähiges Strompreisniveau für die Stahlindustrie ermöglichen.

» Ein Bundeszuschuss bei den Stromkosten für energieintensive Unternehmen auch über 2026 hinaus ist vorgesehen; zusätzlich verlangt die SPD die schnellstmögliche Einführung eines „verlässlichen und wettbewerbsfähigen Industriestrompreises“.

» Das Papier fordert klare „Buy European“-Vorgaben im Vergaberecht auf nationaler und europäischer Ebene, um den Markt etwa vor Dumpingkonkurrenz – insbesondere aus China – zu schützen.

Der Artikel verweist zudem darauf, dass Friedrich Merz (CDU) kürzlich erklärt hat, die Stahlindustrie leide unter „schwierigsten Bedingungen“ – nicht nur wegen US-Zöllen, sondern auch wegen billiger Importe aus China. Ein Stahlgipfel sei angekündigt.

Deutschlands Stahlindustrie im Sturzflug: Produktion bricht dramatisch ein

Im Sommer 2025 wurde das Ausmaß der desaströsen Stahlindustrie offenkundig: Die deutsche Stahlbranche befindet sich in einer Krise historischen Ausmaßes. Mit einem Produktionsrückgang von fast zwölf Prozent im ersten Halbjahr – auf nur noch 17,1 Millionen Tonnen Rohstahl – wird das volle Ausmaß der industriellen Schieflage sichtbar, die das Land erfasst hat. Diese Entwicklung ist weit mehr als ein Warnsignal – sie markiert einen Wendepunkt für den gesamten Wirtschaftsstandort.

Das ganze Ausmaß der Katastrophe wird erst im Rückblick deutlich: Nachdem die Rohstahlproduktion im Jahr 2023 um moderate fünf Prozent gesunken war und 2024 sogar leicht um 4,5 Prozent zulegte, erleben wir nun einen dramatischen Absturz. Die aktuellen Werte entsprechen dem Niveau der Finanzkrise von 2009 – einem Tiefpunkt, den man längst überwunden glaubte.

Strukturelle und politische Ursachen

Die Ursachen dieser Krise liegen zu großen Teilen in der eigenen Politik begründet. Fehlentscheidungen über Jahre hinweg haben die Industrie in eine Sackgasse geführt. Während die Energiekosten hierzulande explodieren, profitieren internationale Wettbewerber von deutlich günstigeren Bedingungen. Zugleich schwächen zentrale Abnehmerbranchen wie Bauwirtschaft, Maschinenbau und Automobilindustrie – ein gefährlicher Dominoeffekt. Hinzu kommt ein strukturelles Ungleichgewicht: Während Deutschland seine Produzenten mit immer neuen Umweltauflagen und Kosten der Energiewende belastet, überschwemmen Billigimporte aus Ländern mit deutlich niedrigeren Standards den Markt. Von fairem Wettbewerb kann keine Rede sein – die heimische Industrie steht mit dem Rücken zur Wand.

Thyssenkrupp als Symbol des Niedergangs

Die Entwicklung beim größten deutschen Stahlhersteller Thyssenkrupp Steel Europa steht exemplarisch für die Krise: Von ehemals 27.000 Beschäftigten sollen bis 2030 lediglich 16.000 verbleiben. Die Belegschaft muss Einkommenseinbußen von durchschnittlich acht Prozent hinnehmen. Dieses Szenario ist nicht nur ein sozialer Einschnitt, sondern

ein Offenbarungseid für die deutsche Industriepolitik.

Die Forderungen nach einem Stahlgipfel auf höchster Ebene kommen zu spät. Die entscheidenden Fragen bleiben: Wo war die politische Führung, als die Energiewende die Strompreise auf Rekordniveau trieb? Wo blieb der Widerstand, als die EU mit ihrem Green Deal die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Industrien nachhaltig schwächte?

SPD-Sozialismus 2.0: Staatsbeteiligung als Rettungsversuch für den grünen Irrweg

Die deutsche Stahlindustrie steht am Rand des Zusammenbruchs – und die Antwort der SPD lautet: noch mehr Staat, noch mehr Regulierung, noch mehr planwirtschaftliche Rezepte. In einem Positionspapier, das in der Fraktion beschlossen werden soll, offenbart sich der ganze Ideenmangel einer Partei, die mit ihrer grünen Ideologie selbst den Boden bereitet hat, auf dem die aktuelle Industriekrise gedeihen konnte.

Im Papier heißt es wörtlich, der Staat müsse sich „das Recht vorbehalten, in begründeten Einzelfällen in die Stahlproduktion einzusteigen“. Ziel sei es, „heimische Kapazitäten zu sichern, strategische Abhängigkeiten zu vermeiden und Investitionen in klimaneutrale Produktionsprozesse zu ermöglichen“. Diese Formulierungen erinnern unweigerlich an die Zeiten staatlicher Kombinate in der DDR – und wecken Erinnerungen an ein System, dessen wirtschaftliches Scheitern längst dokumentiert ist.

Mit Steuermitteln soll also eine Branche gestützt werden, die durch die Politik der SPD und ihrer grünen Partner erst in diese Schieflage geraten ist. Seit Jahren treiben beide

Parteien die Energiekosten in die Höhe, strangulieren die Industrie mit CO₂-Abgaben und träumen vom „grünen Stahl“ – einem Projekt, das auf dem globalen Markt kaum konkurrenzfähig ist.

Alte Konzepte im neuen Gewand

Noch bevor die große Verstaatlichungswelle losbricht, präsentierte die SPD weitere Rezepte aus dem Arsenal gescheiterter Wirtschaftssysteme: Die Importquoten für außereuropäischen Stahl sollen drastisch gesenkt, zusätzliche Einfuhren mit bis zu 50 Prozent höheren Zöllen belegt werden. Zudem sollen europäische Anbieter im Vergaberecht bevorzugt werden. Nicht fehlen dürfen selbstverständlich Subventionen für die Stromkosten – finanziert aus der Tasche des Steuerzahlers.

Anstatt die eigentlichen Ursachen der Krise klar zu benennen – nämlich die eigene, verfehlte Energie- und Klimapolitik – schiebt die SPD die Verantwortung auf „globale Überkapazitäten“ oder „protektionistische Maßnahmen“ anderer Staaten. Dass Deutschland infolge dieser Politik inzwischen zu einem der teuersten Industriestandorte der Welt geworden ist, bleibt unerwähnt.

Merz und die CDU im Mitläufers Modus

Besonders bedenklich: Auch Bundeskanzler Friedrich Merz scheint nicht gewillt, diesem Kurs entgegenzutreten. Für den 6. November kündigte er einen „Stahlgipfel“ an – doch anstatt dort eine industriepolitische Kehrtwende einzuleiten, verkündete Merz anschließend, die Stahlindustrie mit jeder Menge staatlicher Eingriffe retten zu wollen. Die CDU, einst Symbol der sozialen Marktwirtschaft, wirkt inzwischen wie ein Mitläufer sozialistischer Experimente.

Dabei liegt die Wahrheit auf der Hand: Der Traum vom „grünen Stahl“ ist ökonomisch nicht tragfähig. Schon rein rechnerisch reicht die installierte Windkraftleistung in Deutschland bei Weitem nicht aus, um den benötigten Wasserstoff in den Mengen zu erzeugen, die die Stahlproduktion erfordern würde. Die Produktionskosten würden sich mindestens verdoppeln – und damit jeden Wettbewerbsvorteil gegenüber China oder Indien vernichten.

Staatlich gestützter Stahl: Merz setzt auf Abschottung und Subvention

Bundeskanzler Friedrich Merz präsentierte auf der Pressekonferenz im Anschluss an den Stahl-Gipfel einen umfassenden Plan zur Rettung der kriselnden deutschen Stahlindustrie – begleitet von massiven staatlichen Eingriffen. Angesichts hoher selbst verursachter Energiepreise und verschärfter Klimapolitik setzt die Regierung nun auf wirtschaftliche Abschottung, künstlich verbilligten Industriestrom und eine Bevorzugung europäischen Stahls bei öffentlichen Aufträgen.

Dabei will Merz den „Carbon Border Adjustment Mechanism“ der EU nachbessern und zusätzliche Zölle auf Stahlimporte einführen, sobald eine bestimmte Quote erreicht ist. Auch der angekündigte Industriestrompreis ab 2026 soll durch Steuererleichterungen ermöglicht werden.

Besonders auffällig: Merz bekannte offen, dass sein Eintreten für protektionistische Maßnahmen einen Bruch mit früheren Positionen darstelle – der freie Markt sei seiner Einschätzung nach nicht mehr

existent. Finanzminister Klingbeil lobte die Deutsche Bahn, die trotz hoher Verluste weiterhin nicht wettbewerbsfähig, aber „heimischen“ Stahl einkaufen soll.

Doch Kritik bleibt nicht aus: Wirtschaftsvertreter wie Gunnar Groebler von der Wirtschaftsvereinigung Stahl begrüßten zwar die kurzfristigen Hilfen, betonten aber deren rein symptomatischen Charakter. Die Stahlkrise sei tiefgreifend – innerhalb von acht Jahren habe sich ein Viertel der Produktion und rund 10.000 Arbeitsplätze verabschiedet.

Dennoch unterstützt auch die IG Metall die Strategie: Man wolle belegen, dass Klimaschutz und Stahlproduktion vereinbar seien. Der stellvertretende Vorsitzende Jürgen Kerner beschwore dabei die Bedeutung der Branche für die gesamte industrielle Transformation: Ein Scheitern der Stahlindustrie würde einen Dominoeffekt auslösen.

Dass bei der Pressekonferenz erneut keine Fragen zugelassen waren, rundete den autoritär anmutenden Ton der Veranstaltung ab.

Am Ende zahlt der Bürger

Wie so oft wird die Rechnung am Ende an die Bürger weitergereicht. Der Steuerzahler finanziert eine Industrie, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen längst nicht mehr bestehen könnte. Gleichzeitig wächst der Schuldenberg, obwohl Merz versprochen hatte, keine neuen Kredite aufzunehmen. Das 500-Milliarden-Euro-„Sondervermögen“ für Infrastrukturprojekte ist nur das jüngste Beispiel.

Was die deutsche Stahlindustrie wirklich bräuchte, ist kein Staats-

anteil und keine weitere Subventionsspirale, sondern eine Rückkehr zu ökonomischer Vernunft: bezahlbare Energie, weniger Bürokratie, Planungssicherheit und echte Marktmechanismen. Doch davon ist weder bei SPD noch bei CDU etwas zu hören. Stattdessen steuert Deutschland mit voller Kraft in Richtung Planwirtschaft – auf einem Kurs, der in der Geschichte mindestens einmal krachend gescheitert ist.

Der Weg zum Sozialismus – die Vergesellschaftung der Großindustrie

Die aktuellen Pläne der SPD, mit staatlichen Beteiligungen und massiven Subventionen in die deutsche Stahlindustrie einzugreifen, erinnern in frappierender Weise an die Theorien Otto Bauers. Der Austromarxist hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts in seinem Werk „[Der Weg zum Sozialismus](#)“ die Vergesellschaftung der Großindustrie als entscheidenden Schritt hin zu einer planwirtschaftlich organisierten Gesellschaft beschrieben.

Auch wenn die heutige SPD ihre Vorhaben in das wohlklingende Vokabular von „strategischer Industriepolitik“ und „klimaneutraler Transformation“ kleidet, folgt die Logik denselben Denkmustern: Der Staat soll nicht länger Rahmenbedingungen schaffen, sondern selbst Akteur und Eigentümer werden. Damit rückt die Sozialdemokratie erneut gefährlich nahe an das ideologische Fundament einer Planwirtschaft – ein Modell, das historisch stets in wirtschaftlicher Lähmung und gesellschaftlicher Entmündigung endete.

Bauers Leitidee war die „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel, also die schrittweise Überführung der Schlüsselindustrien – Energie, Stahl, Verkehr, Banken – in kollek-

tives oder staatliches Eigentum. Der Staat, so Bauer, müsse die „objektive Vernunft der Gesellschaft“ verkörpern und die Produktion nach sozialen Bedürfnissen statt nach Profitinteresse steuern. Diese Vorstellung mag in der Theorie humanistisch klingen, sie ignoriert jedoch die Dynamik, die Innovation, Wettbewerb und Eigenverantwortung in einer freien Wirtschaft hervorbringen.

Vom Wettbewerb zur Willkür

Sobald der Staat Produzent wird, wird er auch Richter über Erfolg und Misserfolg – und der Markt, das empfindliche Gleichgewicht aus Angebot, Nachfrage und Risiko, wird durch politische Opportunität ersetzt. Genau dies zeichnet sich nun wieder ab, wenn die SPD in der gegenwärtigen Stahlkrise nach der „Ultima Ratio“ einer Staatsbeteiligung ruft, statt die strukturellen Ursachen – Energiepreise, Bürokratie, Überregulierung – zu beseitigen.

Die Parallelen zu Bauers Theorie sind dabei unübersehbar. Auch er propagierte die „schrittweise“ Vergesellschaftung – kein revolutionärer Umsturz, sondern ein stetiges Hineinregieren in die Wirtschaft. Mit jedem „Einzelfall“ staatlicher Intervention wuchs der Einfluss der Politik auf unternehmerische Entscheidungen, bis aus Marktwirtschaft ein dirigistisches System geworden war.

Heute wiederholt sich dieses Muster fast lehrbuchhaft: Zuerst kommen Zuschüsse, dann Subventionen, dann Schutzmaßnahmen gegen ausländische Konkurrenz – und schließlich der Ruf nach direkter Beteiligung. Der Unterschied zu Bauers Epoche besteht nur in der Begründung. Damals lautete sie: „Klassenbefreiung“. Heute heißt sie: „Klimaneutralität“. In beiden Fällen dient ein moralisch aufgela-

denes Ideal als Rechtfertigung für wirtschaftliche Bevormundung.

Der Rückfall in die Weimarer Falle

Diese Denkweise ist nicht nur ökonomisch gefährlich, sondern auch politisch destruktiv. Sie schafft eine Gesellschaft, in der Verantwortung nach oben delegiert wird und wirtschaftliche Fehlentscheidungen mit öffentlichen Geldern abgefедert werden. Genau das war der Mechanismus, der die Weimarer Republik wirtschaftlich schwächte: Eine aufgeblähte Bürokratie, hohe Staatsausgaben und planwirtschaftliche Experimente im Namen sozialer Gerechtigkeit führten in den 1920er Jahren zur Entwertung der Mark und zu gesellschaftlicher Radikalisierung.

Auch in der DDR lebte Bauers Ideologie fort – dort wurde die „Vergesellschaftung der Großindustrie“ zur Doktrin erhoben. Das Ergebnis ist bekannt: Innovationsstau, Mangelwirtschaft und Abhängigkeit vom Westen. Die historische Bilanz des Austromarxismus ist somit keine Erfolgsgeschichte, sondern eine Warnung.

Erschreckend ist, dass selbst die CDU unter Friedrich Merz diesem Kurs nichts entgegenseetzt. Statt marktwirtschaftliche Prinzipien zu verteidigen, lässt die Partei die sozialdemokratische Deutung unwidersprochen, ja beteiligt sich faktisch an der Wiederbelebung einer ideo-logischen Idee, die längst gescheitert ist. Der „Stahlgipfel“ brachte nichts anderes als neue Förderzusagen und Eingriffe – also die nächste Stufe der Vergesellschaftung im modernen Gewand.

Marktwirtschaft in ein staatlich gelenktes System, das private Initiative entmutigt und unternehmerisches Risiko durch politische Willkür ersetzt.

Wenn Kontrolle Wohlstand ersetzt

Die fatalste Konsequenz dieser Ideologie ist jedoch mentaler Natur. Bauers Denken und die heutigen SPD-Pläne nähren die Illusion, Wohlstand könne durch Verteilung und Verwaltung statt durch Leistung und Innovation geschaffen werden. Doch staatliche Kontrolle ersetzt keine Produktivität; sie beschleunigt nur den Niedergang. Die Geschichte der Weimarer Republik und der DDR zeigen eindringlich, wohin der Weg führt, wenn der Staat glaubt, er könne den Markt ersetzen.

Nun droht Deutschland erneut, (absichtlich?) in denselben Fehler zu tappen – nicht aus Sehnsucht nach Sicherheit, sondern aus dem Streben nach absoluter Kontrolle: einer Politik, die Vermögen von unten nach oben umverteilt und systematisch verhindert, dass Bürger jemals nachhaltigen Wohlstand erreichen. Unter dem wohlfeilen Deckmantel moralischer Rhetorik und der angeblichen Notwendigkeit staatlichen Eingreifens, um eine Industrie zu retten, die durch gezielte politische Maßnahmen zuvor geschwächt wurde, vollzieht sich nach dem Prinzip „zerstöre, teile und herrsche“ eine dauerhafte Entmachtung der Gesellschaft.

Damit setzt sich ein gefährlicher Trend fort: die schleichen-de Transformation der sozialen

AMERIKANISCHE SOLDATEN IN AMERIKANISCHEN STÄDTCEN - „ES IST EIN KRIEG VON INNEN HERAUS“

Militär in den Innenstädten: Eine Dystopie in den USA greift um sich. Die Übernahme des Städte durch Staaten ist ein neues Kapitel der amerikanischen „Demokratie“

Militär in den Städten



Beispiellose Bilder aus den Metropolen

In einer düsteren, teils wirr anmutenden Rede von 72 Minuten Länge rechtfertigte US-Präsident Donald Trump militärische Maßnahmen im Inland und forderte die Führung des Pentagons auf, sich um den „Feind im Inneren“ zu „kümmern“. Dabei schlug er vor, „gefährliche“ amerikanische Städte als „Übungsgelände“ für das Militär zu nutzen – ein beispielloser Bruch mit der jahrzehntelang geltenden Trennung von Politik und Streitkräften.

Die Rede, gehalten Ende September auf der Marinebasis in Quantico, Virginia, unweit von Washington, war im Stil einer Wahlkampfveranstaltung gehalten. Trump griff darin zahlreiche seiner altbekannten Themen auf: die Umbenennung des Golfs von Mexiko, die Verurteilung illegaler Einwanderer sowie seine Ablehnung von Vielfalt, Gerechtig-

keit und Inklusion. Wiederholte konzentrierte er sich auf „radikale linke Verrückte“, während er zugleich für seine Politik und Person warb.

Zentraler Bestandteil der Ansprache war Trumps Rechtfertigung des militärischen Eingreifens in amerikanischen Städten sowie seine Vorstellung, das neu benannte Kriegsministerium solle künftig eine aktive Rolle bei der inneren Sicherheit übernehmen. Diese Aussagen markieren eine deutliche Abkehr von der bisherigen Praxis früherer Präsidenten und ziviler Verteidigungsbeamter und deuten darauf hin, dass Trumps bislang begrenzte Einsätze der Nationalgarde lediglich den Auftakt zu einer neuen Phase bilden könnten.

„Die Innenstädte sind ein wichtiger Teil des Krieges“, erklärte Trump und

kritisierte anschließend Los Angeles, Portland, Seattle und Washington. „Ich werde niemals zögern, unser Volk vor der schrecklichen Plage zu schützen, die von innen heraus stattfindet.“ Portland verglich er mit einem „Kriegsgebiet“ und schlug vor, das Militär solle „gefährliche“ Städte als „Übungsplätze“ nutzen. Zugleich forderte er die Pentagon-Führung auf, den „Feind von innen heraus zu bekämpfen, bevor er außer Kontrolle gerät.“

Tatsächlich hat Trump bereits die Nationalgarde nach Washington, Memphis, Los Angeles und Portland entsandt – allesamt Hochburgen der Demokraten, die er als „gesetzlose kriminelle Höllenlöcher“ bezeichnet. Darüber hinaus kündigte seine Regierung Ende September an, auch in weiteren demokratisch regierten Städten wie Chicago, At-

Ianta, Baltimore und New York City Truppen einzusetzen. Inzwischen wurde die Nationalgarde ebenfalls nach Chicago, Los Angeles, Tennessee, Oregon, Illinois, Louisiana sowie in Einrichtungen der Einwanderungsbehörde (ICE) entsandt.

„Die Geschichte wurde von Militärhelden geschrieben, die sich allen Feinden im In- und Ausland gestellt haben“, sagte Trump und fügte hinzu: „George Washington, Abraham Lincoln, Grover Cleveland, George Bush und andere haben alle die Streitkräfte eingesetzt, um die innere Ordnung und den Frieden zu wahren.“

„Wir werden das eins nach dem anderen in Ordnung bringen, und das wird für einige der Anwesenden hier eine wichtige Aufgabe sein“, sagte Trump zu den Generälen und Admiralen, die er aus ihren Posten in aller Welt herbeigerufen hatte. „Es ist ein Krieg von innen heraus.“

In diesem Moment machte sich der Präsident eine Angst zu nutzen, die an vielen Orten der Welt besteht: Die Armee eines Landes kann sich gegen das Volk wenden, das sie eigentlich schützen soll.

Allerdings lässt sich feststellen, dass diese Staatsmänner keine Truppen gegen vage definierte Gruppen im Inland einsetzen, wie es nun die Trump-Regierung praktiziert. Frühere militärische Einsätze erfolgten ausschließlich in Kriegszeiten oder während massiver gewaltssamer Unruhen – Situationen, die mit der heutigen Lage kaum vergleichbar sind.

Trumps Äußerungen folgten den Worten seines Verteidigungsminis-

ters Pete Hegseth, der das Militär als eine von der Zivilgesellschaft klar getrennte und ihr in vielerlei Hinsicht überlegene Klasse bezeichnete. Hegseth hatte sämtliche US-Kommandeure aus aller Welt nach Virginia beordert, um eine Motivationsrede zu halten, in der er seine Anti-„Woke“-Strategie und die Rückkehr zu traditionellen militärischen Standards propagierte.

Diese beispiellose Veranstaltung, an der nahezu alle Generäle und Admirale der US-Streitkräfte teilnahmen, kostete die Regierung Millionen Dollar. Um die Anwesenheit zu gewährleisten, wurden zahlreiche Offiziere aus aktiven Kampfgebieten und laufenden Missionen eigens eingeflogen – für einen dreistündigen Redemarathon.

Inhaltlich knüpfte Hegseth an Trumps Linie an: Wie der Präsident betonte auch er die Notwendigkeit einer klaren Trennung zwischen militärischem Dienst und ziviler Gesellschaft – ein Gedanke, den frühere Präsidenten und Verteidigungsminister stets abgelehnt oder als gefährliche Grenzziehung gewarnt hatten.

„Die Ivy-League-Fakultäten werden uns nie verstehen, und das ist in Ordnung, denn sie könnten niemals das tun, was Sie tun“, sagte Hegseth. „Sie sind nicht politisch korrekt und gehören nicht unbedingt immer zur höflichen Gesellschaft.“

Seymour Hersh: Warum US-Truppen amerikanische Städte besetzen

[Seymour Hersh zeichnet in seinem Bericht](#) das Bild eines Präsidenten, der sich zunehmend militärischer und exekutiver Mittel bedient, um innenpolitische Ziele zu verfolgen. Was mit außenpolitischer Unterstützung Israels begann – der Be-

freiung israelischer Geiseln aus der Gefangenschaft der Hamas – verschiebt sich laut Hersh nun auf amerikanischen Boden.

Während Trump außenpolitisch Anerkennung erhielt, nutzt er innenpolitisch dieselbe Machtlogik, um die Nationalgarde, reguläre Truppen und ICE-Agenten in demokratisch regierten Städten einzusetzen. Offiziell geht es dabei um die Bekämpfung „illegaler Einwanderung“ und die Wiederherstellung der Ordnung.

Tatsächlich, so Hersh, werden diese Maßnahmen ohne richterliche Verfahren oder gesetzlich vorgeschriebene Abläufe durchgeführt.

Hinter der Fassade nationaler Sicherheit sieht der Journalist eine strategische Machtdeemonstration: ein „Testlauf“ für künftige militärische Eingriffe im Inland – insbesondere in Staaten, die für die nächsten Kongresswahlen von entscheidender Bedeutung sind.

Der Plan zur Machtkonzentration und die religiöse Legitimation

Hersh verweist auf einen tieferliegenden Plan der Administration, sich nach dem Wahlsieg „beispiellose einseitige Macht“ anzueignen. Bereits vor seiner Bestätigung als Direktor des Office of Management and Budget hatte Russell Vought offen erklärt, der Präsident müsse „die woke und instrumentalisierte Bürokratie beseitigen“ und die volle Kontrolle über die Exekutive übernehmen. Vought sprach von einem „göttlichen Auftrag“, der den Republikanern aufgegeben sei, um die Strukturen des Staates radikal umzubauen.

Hersh sieht darin die geistige Grundlage einer Bewegung, die nicht nur politische Gegner schwächen, sondern das Machtgefüge der amerikanischen Demokratie von Grund auf verändern will. Der Abbau der Verwaltung, die Entlassung ganzer Beamenschichten und die religiös verbrämte Begründung dieses Projekts seien Ausdruck einer autoritären Strategie, die sich auf göttliche Auserwählung berufe, um faktisch die Gewaltenteilung zu umgehen.

Strategische Langzeitplanung und Wahlbeeinflussung

Nach Hershs Darstellung sind Trumps Schritte kein improvisiertes Handeln, sondern Teil einer langfristigen politischen Planung. Republikanische Strategen im Weißen Haus hätten erkannt, dass sich der Einfluss auf die anstehenden Kongresswahlen über die gezielte Militarisierung innerstaatlicher Prozesse ausweiten lasse.

Der wiederholte Einsatz der Nationalgarde in Städten unter demokratischer Verwaltung schaffe nicht nur politische Unsicherheit, sondern auch einen Präzedenzfall: den künftigen Einsatz von Truppen im Namen „innerer Sicherheit“ als legitimes politisches Mittel.

Hersh berichtet, dass diese Strategie insbesondere auf jene Bundesstaaten ziele, in denen sich 2026 die Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus entscheiden werden – Pennsylvania, Michigan, Wisconsin, Arizona und Georgia. Der Gedanke, die öffentliche Ordnung

als Vorwand zu nutzen, um politische Mehrheiten zu sichern, zeige laut Hersh, wie sehr militärische Macht zu einem Werkzeug parteipolitischer Kontrolle geworden sei.

Der gefährliche Präzedenzfall der „falschen Notlagen“

Besonders alarmierend beschreibt Hersh die Praxis, künstlich erzeugte Notlagen zu deklarieren. Diese „falschen Notlagen“ erlauben es, auf Grundlage präsidentieller Vollmachten militärisch einzugreifen – selbst dort, wo keinerlei akute Bedrohung besteht. Hersh zitiert Quellen aus dem Umfeld des Weißen Hauses, die bestätigen, dass man sich der Unrechtmäßigkeit dieser Maßnahmen bewusst sei, sie jedoch gezielt wiederhole, um einen neuen Normalzustand zu schaffen: die Gewöhnung der Öffentlichkeit an das Militär im Inneren.

Diese Routine könne künftig als rechtliche und politische Begründung dienen, ähnliche Eingriffe bei Wahlen oder Protesten zu rechtfertigen. Damit, so Hersh, schaffe Trump eine „neue politische Normalität“, in der Ausnahmezustände nicht mehr auf tatsächliche Gefahren reagieren, sondern Teil einer strategischen Machterhaltung werden.

Hershs Warnung vor einer „amerikanischen Nacht“

Abschließend warnt Hersh, dass das Weiße Haus die wachsende Zustimmung zu Trumps Politik falsch interpretiere. Interne Umfragen, auf die sich die Regierung berufe, sugge-

rierten, die Mehrheit der Bevölkerung unterstütze harte Maßnahmen gegen Einwanderer und Kriminalität. Öffentliche Erhebungen hingegen zeigten ein gespaltenes Bild. Dennoch sei man im Präsidentenlager überzeugt, mit dieser Strategie Zustimmung zu mobilisieren – auch um die Kontrolle über das Repräsentantenhaus zu behalten.

Hersh beschreibt das Vorgehen als schleichenen Staatsumbau: Die wiederholte Ausrufung nationaler Notstände, das gezielte Entsenden von Truppen in Oppositionsgebiete und die Instrumentalisierung religiöser Rhetorik seien Anzeichen einer gefährlichen Entwicklung. Er spricht von der Möglichkeit „dunklerer Tage“ für die amerikanische Demokratie – einer Phase, in der der Ausnahmezustand zur politischen Routine wird und das Militär im Inneren nicht mehr dem Schutz, sondern der Sicherung der Macht dient.

Wenn der Ausnahmezustand zur Ordnung wird – die schlechende Entgrenzung der Macht

Seymour Hersh zeichnet das Bild einer sich wandelnden amerikanischen Demokratie, in der sich die Grenzen zwischen ziviler Ordnung und militärischer Macht zunehmend auflösen. Die systematische Entsendung der Nationalgarde in demokratisch regierte Städte, die Konstruktion künstlicher Notlagen und die religiös aufgeladene Rhetorik eines präsidentiellen „Auftrags“ weisen auf eine Entwicklung hin, in der der Ausnahmezustand zur Methode der Machterhaltung wird.

Hinter dem vermeintlichen Kampf gegen Kriminalität und illegale Migration entsteht eine neue politische Architektur, die Exekutivgewalt über Recht und

Institution stellt und durch ihre Wiederholung Legitimität erzwingt. Hersh macht deutlich, dass die USA sich in einer Phase der inneren Verschiebung befinden, in der militärische Präsenz zum innenpolitischen Werkzeug, Loyalität zur Währung des Systems und göttliche Auserwählung zur ideologischen Fassade einer autoritären Strategie werden. Was als Schutzmaßnahme verkauft wird, droht sich als stille Umformung der Republik zu erweisen – getragen von der Gewöhnung an die Macht, die keine Grenzen mehr kennt.

Menschenrechts- und Demokratieorganisationen kritisieren

Menschenrechts- und Demokratieorganisationen kritisieren das Vorgehen der Regierung scharf. Hanah Stiverson, stellvertretende Direktorin des „Democracy Protection Project“, erklärte: „Dies ist eine äußerst gefährliche Zeit für unser Land. Der Präsident missbraucht seine Macht, um Protest und Widerspruch gegen seine grausamen Einwanderungspolitiken zu unterdrücken.“ Sie verwies darauf, dass zahlreiche Festnahmen und Abschiebungen ohne ordnungsgemäße Verfahren erfolgten und der militärische Einsatz dazu diene, Einschüchterung und Angst zu verbreiten.

Auch Gretchen Klingler, Direktorin der Organisation „Veterans for American Ideals“, äußerte sich mit deutlicher Besorgnis. „Präsident Trump hat gezeigt, dass er bereit ist, das Militär in ein politisches Instrument zu verwandeln – und es gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen“, sagte sie. Besonders gefährlich sei die bewusst vage Definition des „Feindes von innen“, die es

ermögliche, politische Gegner oder missliebige Gruppen willkürlich zu kriminalisieren.

Klingler warnte, diese Entwicklung erinnere an autoritäre Regime, gegen die die Vereinigten Staaten historisch selbst gekämpft hätten. Die bewusste Politisierung der Streitkräfte und die Auflösung ihrer Neutralität stellten nicht nur eine Bedrohung für Zivilisten, sondern auch für die Soldaten selbst dar. Das, was die amerikanische Demokratie einst auszeichnete – eine klare Trennung zwischen militärischer Macht und ziviler Ordnung –, drohe, unter dieser Regierung systematisch zu erodieren.

Was Sie über das 150 Jahre alte Gesetz wissen sollten, das Trumps Einsatz von Truppen in US-Städten einschränkt

[Der Posse Comitatus Act ist ein fast 150 Jahre altes Bundesgesetz](#), das die Rolle des US-Militärs bei der Durchsetzung innerstaatlicher Gesetze einschränkt. Experten zufolge spiegelt das Gesetz im Kern die seit langem bestehende Überzeugung der USA wider, dass die Strafverfolgung in ziviler Hand bleiben und vom Militär getrennt sein sollte.

Der Posse Comitatus Act untersagt grundsätzlich, dass Streitkräfte des Bundes („Army“, später Air Force, Navy, Marine Corps, Space Force) zur Durchsetzung von zivilen Gesetzen in den USA verwendet werden – es heißt etwa: „Wer, außer in Fällen und unter Umständen, die ausdrücklich durch die Verfassung oder ein Gesetz des Kongresses genehmigt sind, vorsätzlich einen Teil der Armee ... zur Durchsetzung von Gesetzen einsetzt, wird mit einer Geldstrafe ... oder einer Freiheitsstrafe von höchstens zwei Jahren oder beidem bestraft.“

Ziel war es, die Grenze zwischen zi-

viler Polizeigewalt und militärischer Macht klar zu ziehen und den Einsatz des Militärs im Inland für die Strafverfolgung grundsätzlich zu verhindern. Das Gesetz enthält jedoch Ausnahmen: Etwa wenn der Präsident oder der Kongress ausdrücklich eine Ausnahme macht (z. B. über das Insurrection Act of 1807) oder wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Der Gesetzestext selbst ist relativ kurz und schlicht formuliert – das Problem liegt eher in der Auslegung und Anwendung.

Das Gesetz wurde im Jahr 1878 erlassen, nachdem im Zuge der Rekonstruktionszeit (Reconstruction) der Einsatz von Bundesmilitär gegen die ehemaligen Südstaaten häufig gewesen war. Das Gesetz sollte verhindern, dass das Militär zur zivilen Unterdrückung in den Staaten eingesetzt wird. Ursprünglich war es nur auf die U.S. Army bezogen; spätere Änderungen erweiterten es auf die Air Force (1956) und 2021 auch auf Navy, Marine Corps und Space Force.

Der Posse Comitatus Act gilt nur für föderale Streitkräfte, wenn sie unter Bundeskontrolle stehen. Militärische Einheiten unter staatlicher Kontrolle (z. B. die Nationalgarde im „State Status“) sind im Regelfall nicht vom Posse Comitatus Act betroffen. Es bestehen zahlreiche gesetzliche Ausnahmen (z. B. über das Insurrection Act), die den Einsatz des Militärs im Inland unter bestimmten Umständen erlauben – etwa im Falle eines Aufstands oder wenn die Bundes-/Staats-Behörden unfähig sind, die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Allerdings wird von Rechtsexperten darauf hingewiesen, dass die Gesetzgebung „Lücken“ enthält – etwa Begriffe

wie „law enforcement“ sind nicht eindeutig definiert, und die Regelung über Nationalgarde-Einsatz im sogenannten Title-32-Status bleibt problematisch.

Wenn der Präsident das Militär politisiert

Der Posse Comitatus Act von 1878 bildet einen der zentralen juristischen Schutzmechanismen gegen den Einsatz militärischer Gewalt im Inneren der Vereinigten Staaten. Er soll sicherstellen, dass zivile Ordnungskräfte die Hoheit über die innere Sicherheit behalten und das Militär nicht als politisches Instrument gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wird.

Donald Trump hat diesen Grundsatz während seiner Präsidentschaft auf mehrfache Weise unterlaufen oder zumindest bis an die Grenze des rechtlich Zulässigen gedehnt. Indem er Nationalgardisten und teilweise reguläre Truppen in demokratisch regierte Städte entsandte, um Proteste niederzuschlagen oder angeblich „innere Feinde“ zu bekämpfen, hat er die Grenze zwischen legitimer Notstandsmaßnahme und unzulässiger Machtdemonstration verwischt.

Besonders problematisch ist, dass diese Einsätze in vielen Fällen ohne die Zustimmung der betroffenen Gouverneure erfolgten, die laut Gesetz eigentlich die Kontrolle über die Nationalgarde im „State Status“ innehaben. Damit griff Trump faktisch in die verfassungsmäßige Gewaltenteilung zwischen Bund und Staaten ein – ein Schritt, den Juristen als potenziellen Verstoß gegen den Geist, wenn nicht sogar den Buchstaben des Posse Comitatus Act deuten.

Kritisch wird dieser Umgang mit dem Gesetz vor allem deshalb bewertet, weil Trump das Prinzip der „Notlage“ als juristischen Hebel nutzte, um militärische Präsenz im Inland zu rechtfertigen. Der Posse Comitatus Act erlaubt Einsätze nur in ausdrücklich vom Kongress oder durch das Insurrection Act von 1807 autorisierten Fällen – also etwa bei Aufständen, Naturkatastrophen oder wenn die zivile Ordnung zusammenbricht.

Doch in Städten und Bundesstaaten wie Portland, Chicago oder Oregon lag nachweislich keine solche Lage vor. Die Entsendung von Truppen auf Basis rhetorisch überhöhter Bedrohungsszenarien – Trump sprach von „Kriegszonen“ und einem „Feind im Inneren“ – kann somit als bewusste politische Instrumentalisierung des Militärs gelten. Sie stellt die verfassungsmäßige Trennung zwischen ziviler und militärischer Gewalt in Frage und schafft gefährliche Präzedenzfälle: Wenn ein Präsident militärische Macht unter Berufung auf eine selbst definierte Notlage einsetzen kann, ohne dass eine tatsächliche Bedrohung besteht, wird die Grenze zwischen Demokratie und autoritärer Macht- ausübung porös.

Darüber hinaus zeigen Trumps Handlungen eine gefährliche Verschiebung in der politischen Kultur: das bewusste Verwischen der Neutralität des Militärs. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten verstehen sich traditionell als überparteilich – ihre Loyalität gilt der Verfassung, nicht dem Präsidenten. Trumps Aufrufe an Generäle, sich „um den Feind im Inneren zu kümmern“, sowie seine wiederholte Gleichsetzung von

politischen Gegnern mit nationalen Bedrohungen, untergraben dieses Selbstverständnis.

Durch solche Rhetorik – und durch konkrete Einsätze, die Angst und Abschreckung im Inneren erzeugen sollen – wird das Militär schlechend zu einem Werkzeug politischer Durchsetzung degradiert. Dies gefährdet nicht nur das demokratische Gleichgewicht, sondern auch das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen.

Insofern ist Trumps Vorgehen im Lichte des Posse Comitatus Act nicht bloß juristisch fragwürdig, sondern Ausdruck einer tiefergehenden Erosion der republikanischen Ordnung – einer Entwicklung, die die Vereinigten Staaten an die Schwelle einer autoritären Normalität führt.

Ferdinand von Schirach: Erhebliche Kritik an Steinmeier!

Ferdinand von Schirach bemängelte jetzt, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Kritik an seinem kompromisslosen Auftreten gegenüber der AfD kaum noch an sich heranlässt. Steinmeier hatte recht deutlich einen Kampf gegen die AfD gefordert. Besonders heikel sei, so betont er, dass die vom Verfassungsschutz vorgenommene Einstufung der AfD als „gesichert extremistisch“ auf juristisch wackeligen Beinen stehe. Im offiziellen Programm fänden sich seiner Ansicht nach keine klaren Verstöße gegen die Verfassung, und auch pointierte Aussagen einzelner Funktionäre würden nicht automatisch ein Parteiverbot tragen.

Gleichzeitig wirft von Schirach der politischen Führung vor, zentrale Herausforderungen wie Migration, soziale Absicherung oder Infrastruktur über Jahre hinweg unzureichend anzugehen. Dadurch wachse der Eindruck eines politischen Betriebs, der auf Krisen nur reagiert, statt Lösungen zu entwickeln. Kritik an Steinmeier und Co. von einer unerwarteten Seite!

EU scheitert sofort mit eigenem Vorschlag für die Ukraine

Die russische Regierung hat der Europäischen Union eine klare Absage erteilt und damit ein deutliches Zeichen gesetzt. Während die EU weiterhin davon ausgeht, in der Frage des Ukraine-Konflikts eine führende Rolle spielen zu können, zeigt der Kreml, wer aus seiner Sicht tatsächlich Einfluss besitzt. Juri Uschakow, außenpolitischer Berater von Präsident Wladimir Putin, machte öffentlich deutlich, dass der europäische Vorschlag für einen Frieden nicht mit den russischen Vorstellungen vereinbar sei.

Für die EU ist diese Reaktion ein herber Rückschlag. Brüssel setzt seit Jahren auf moralische Argumente und diplomatische Appelle, sieht sich aber zunehmend mit der Realität konfrontiert, dass Russland stärker auf Gespräche mit Washington blickt. Die Offenheit gegenüber Ideen des früheren US-Präsidenten Donald Trump unterstreicht, dass Moskau amerikanische Initiativen offenbar als pragmatischer einstuft als die europäischen. Was nun, EU?

Frauen an die Waffen? Forderung von Strack-Zimmermann

Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP hat sich jüngst dafür ausgesprochen, auch Frauen in eine mögliche künftige Wehrpflicht einzubeziehen. Sie begründet dies damit, dass ein modernes Verteidigungskonzept nicht auf die Hälfte der Bevölkerung verzichten könne. Kritiker sehen in dieser Forderung jedoch weniger einen Fortschritt in Richtung Gleichstellung, sondern eher eine weitere Ausweitung staatlicher Anforderungen an die junge Generation.

Dass Strack-Zimmermann sich so deutlich für eine breitere militärische Einbindung der Gesellschaft positioniert, sorgt angesichts ihrer bekannten Nähe zu sicherheitspolitischen Themen für besonders Stirnrunzeln. Nicht mehr alle Mann an die Front, sondern jetzt einfach alle.

IMPRESSUM

Neopresse.com
Chefredaktion Dr. Bernd Heim
Neo Scriptum UG (haftungsbeschränkt)

Steiermärker Strasse 3-5
70469 Stuttgart